

Foreign Affairs, das führende außenpolitische Magazin der USA, lässt jetzt schon über die "Verteidigungspolitik" der nächsten US-Regierung nachdenken.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 132/16 – 30.09.16**

Erhaltung der Überlegenheit

Zur Verteidigungsstrategie der nächsten US-Regierung

Von Mac Thornberry und Andrew F. II Krepinevich

Foreign Affairs, September/Oktober 2016

(<https://www.foreignaffairs.com/articles/north-america/2016-08-03/preserving-primacy>)

Der nächste US-Präsident wird eine Sicherheitssituation erben, in der sich die USA mit wachsenden Bedrohungen konfrontiert sehen – und das bei knapper werdenden Mitteln, geringerem Wachstum und daheim und im Ausland wachsender Verunsicherung darüber, ob die USA überhaupt noch dazu in der Lage sind, ihre Freunde zu schützen und ihre Interessen zu vertreten. Auf Veränderungen drängende Mächte in Europa, im westlichen Pazifik und am persischen Golf – also in drei Regionen, die sowohl von der Demokratischen als auch von der Republikanischen Partei schon lange als äußerst wichtig für die nationale Sicherheit der USA angesehen werden – sind bestrebt, die auf Regeln basierende (derzeitige) Internationale Ordnung zu beseitigen. In Europa hat sich der russische Präsident Wladimir Putin die Krim angeeignet, lässt in der Ostukraine einen Stellvertreterkrieg führen, und bedroht die NATO-Verbündeten an den Grenzen Russlands. Um seine wiedergewonnenen Stärke zu demonstrieren, hat Russland Streitkräfte nach Syrien entsandt und sein Atomwaffenarsenal vergrößert. Nach seinem fehlgeschlagenen Versuch, die Beziehungen der USA zu Moskau "zu erneuern", warnt Präsident Barack Obama jetzt vor Russland und hat Sanktionen gegen diesen Staat verhängt; damit konnte er Putin aber nicht abschrecken.

Auch die jetzt schon fünf Jahre andauernde Hinwendung der Obama-Regierung auf Asien hat nichts bewirkt. China hat seine Militärausgaben weiter erhöht und investiert vor allem in schwere Waffensysteme, mit denen es die US-Streitkräfte im Pazifik bedrohen kann. Infolgedessen ist es nicht nur dazu fähig, sondern auch zunehmend dazu bereit, seine expansive Landnahme im Ost- und Südchinesischen Meer auszuweiten. Peking ist nicht willens, Streitigkeiten auf diplomatischem Weg beizulegen, es errichtet Basen auf natürlichen und künstlich geschaffenen Inseln, um seine Ansprüche militärisch durchzusetzen. Weil es die US-Regierung versäumt hat, auf diese Provokationen sofort entsprechend zu reagieren, fragen sich unsere Verbündeten, ob die USA überhaupt noch zu ihren Sicherheitsgarantien stehen.

Der Mangel an US-Führung ist auch der Grund für die Instabilität im Mittleren Osten. Im Irak hat die Obama-Regierung die vorher hart erkämpften Erfolge durch einen übereilten Rückzug der US-Streitkräfte verspielt; dadurch ist ein Sicherheitsvakuum entstanden, das den Einfluss des Irans und des Islamischen Staates oder ISIS erhöhte. Zu den strategischen Fehlern der Obama-Regierung gehörte auch die totale Fehleinschätzung des Arabischen Frühlings; er hat keine neuen demokratischen Ordnungen gebracht, sondern radikalen Islamisten zur Macht verholfen. Die Obama-Regierung hat auch nicht aus den schlechten Erfahrungen ihrer Vorgänger-Regierung gelernt, die im Irak "aus dem Hintergrund führen" wollte. Auch in Libyen erklärte man sich nach dem Sturz Muammar Gaddafis zum Sieger und überließ das Land seinem inneren Chaos. Obama setzte dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad eine "rote Linie", die beim Einsatz von Giftgas über-

schritten sein sollte, griff dann aber trotzdem nicht ein. Demzufolge wuchs die Instabilität im Mittleren Osten – parallel zum Rückgang des US-Einflusses.

Unter Obama ist die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus ständig gewachsen. Die beiden sunnitischen Gruppierungen Al-Qaida und ISIS agieren heute nicht nur im Irak, in Libyen, in Syrien und im Jemen, sondern sogar in Westafrika. In den Verhandlungen mit dem Iran, der Heimat des radikalen schiitischen Islamismus, ist es Obama nicht gelungen, die Beteiligung dieses Staates an den Stellvertreterkriegen im Irak, in Syrien und im Jemen oder dessen Unterstützung für die Hisbollah im Libanon und die Hamas in den palästinensischen Territorien zu beenden. Der dabei ausgehandelte Atomdeal kann vielleicht das Streben Teherans nach Atomwaffen verlangsamen, er hat dem Regime aber auch den Zugriff auf mehrere zehn Milliarden Dollars ermöglicht, die bisher auf gesperrten Konten lagen. Im März – die Tinte auf der Vereinbarung war kaum trocken – hat Teheran schon wieder ballistische Raketen getestet, die einen Atomsprenkopf tragen könnten, und damit erneut gegen einen Beschluss des UN-Sicherheitsrates verstoßen. Zusätzlich zur wachsenden Instabilität ist auch die militärische Konkurrenz im Weltraum und im Cyberraum größer geworden und wird auch im unterseeischen Bereich zunehmen.

Nach den eingetretenen Fehlentwicklungen wird der nächste Präsident eine neue Verteidigungsstrategie formulieren müssen. Die sollte drei Grundelemente einschließen: eine klare Definition der von den USA angestrebten Ziele, die Bereitstellung der dazu benötigten Mittel und klare Richtlinien zur Verwendung der Mittel. Die im Folgenden entwickelte Strategie wird die USA in die Lage versetzen, den Aufstieg einer konkurrierenden Macht im eurasischen Raum und jede Beschränkung des freien Zugangs zu den Meeren und dem Weltraum zu verhindern – ohne unseren Staat bankrott zu machen.

Ziele und Mittel

Das Hauptziel der US-Außenpolitik bestand lange darin, zu verhindern, dass ein feindlicher Staat die Herrschaft über eine der drei Schlüsselregionen – über Europa, den westlichen Pazifik oder den Persischen Golf – erringt und damit genügend Macht erlangt, um urenigste Interessen der USA zu bedrohen. Deshalb haben die USA in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zweimal Krieg in Europa geführt, um Deutschland zu besiegen, und einmal im Pazifik, um Japan zu unterwerfen. Während des Kalten Krieges haben sie gemeinsam mit Verbündeten die Sowjetunion davon abgehalten, nach Westeuropa vorzudringen oder ihren Einfluss in den Mittleren Osten und nach Ostasien auszudehnen. Diese Absicht der USA besteht auch heute noch.

Um freien Zugang zu ihren Verbündeten und Handelspartnern zu behalten, müssen die USA auch die internationalen Gewässer und den internationalen Luftraum ungehindert nutzen können. Seit mehr als 70 Jahren hat das US-Militär den Zugang zu den Meeren und zum Luftraum offengehalten – nicht nur für die USA, sondern auch für andere Staaten. Diese Aufgabe haben sie so gut wahrgenommen, dass viele das als selbstverständlich ansehen. Die Offenhaltung des Zugangs zu den Meeren und zum Luftraum ist weder billig noch leicht zu gewährleisten. Wenn die USA diese Aufgabe nicht mehr wahrnehmen, gibt es keine gleichgesinnte Macht, die an ihre Stelle treten könnte.

Diese beiden Ziele sind heute wieder besonders aktuell, weil zu neuer Macht gelangte revisionistische Mächte mit zielgenauen Langstrecken-Atomraketen, Satellitenbekämpfungssystemen und neuen Waffen für den Cyberkrieg den freien Zugang zu unseren Interessensgebieten sowie zu den Weltmeeren und zum internationalen Luftraum bedrohen. Diese Waffensysteme wurden dafür entworfen, die Machtausübungsinstrumente des US-Militärs auszuschalten – seine vorgeschobenen Stützpunkt und Flugzeugträger und sein weltweites Überwachungs-, Spionage- und Kommunikationssystem.

Welche Mittel stehen zum Erreichen dieser beiden Ziele zur Verfügung? Obwohl die USA nicht mehr so dominant sind, wie sie es nach dem Ende des Kalten Krieges gegenüber revisionistischen Mächten (wie Russland und China) waren, befinden sie sich immer noch in einer beneidenswerten Lage. Sie verfügen über unermessliche Ressourcen, ein effizientes System des freien Unternehmertums und das gesundeste demografische Profil aller Weltmächte. Die USA haben bewiesen, dass sie zur Integration von Immigranten fähig sind, und ihr Bildungssystem ist zwar reformbedürftig, gehört aber immer noch zu den besten der Welt. Dank ihrer geografischen Insellage und friedlicher Nachbarn, können sie ihre Verteidigungslinie weit vor ihren Küsten aufbauen. In der langen Liste ihrer Verbündeten sind auch die stärksten Wirtschaftsmächte der Welt zu finden. Die USA verfügen über die besten Streitkräfte der Welt – sowohl in Bezug auf die Qualität ihrer Soldaten und deren Ausrüstung als auch auf die erprobte Kampffähigkeit ihres Militärs.

Das Hauptziel der US-Außenpolitik bestand lange darin, zu verhindern, dass feindliche Staaten die Herrschaft über eine Schlüsselregion gewinnen.

Obwohl die Sicherheit der USA zunehmend bedroht ist, fährt Washington fort, die Militärausgaben zu beschneiden. Zwischen 2010 und 2016 wurde das US-Verteidigungsbudget real um mehr als 14 Prozent, bezogen auf den Prozentsatz vom Bruttoinlandsprodukt / BIP sogar um mehr als 30 Prozent gekürzt und im Laufe des nächsten Jahrzehnts wird es vermutlich weiter reduziert werden müssen, weil die Zahlungen zum Abtragen der US-Schulden steigen. Die finanzstärksten Verbündeten der USA tragen immer weniger zu den gemeinsamen Verteidigungsausgaben bei. Von den reichsten NATO-Mitgliedern gibt nur Großbritannien etwas mehr als die vereinbarten 2 Prozent des BIP für seine Streitkräfte aus. In Asien bleibt Japan hartnäckig bei seiner selbst festgelegten Begrenzung auf ein Prozent des BIP.

Wir sind nicht der Meinung, dass die USA ihre Verteidigungsausgaben auf einen bestimmten Prozentsatz des BIP festlegen sollten. Ihre jeweilige Höhe hängt von vielen Faktoren ab – u. a. von der Art der Bedrohung, vom Ausmaß des Risikos, das die US-Bevölkerung einzugehen bereit ist, und von der Höhe des Anteils, den die Verbündeten tragen. Der Rückgang der Militärausgaben setzt die USA und ihre Verbündeten – angesichts der Erhöhung dieser Ausgaben durch die revisionistischen Mächte – einem ständig wachsenden Risiko aus. Der ehemalige Verteidigungsminister Robert Gates hat bereits 2014 festgestellt, die Senkung der US-Verteidigungsausgaben sende "das Signal aus, dass uns der Schutz unserer nationalen Interessen nicht mehr so wichtig ist". Washington muss aber mehr tun, als einfach nur mehr Geld für die Verteidigung auszugeben. Es braucht eine neue Strategie, um mit den aufgewendeten Dollars noch wirksamere Streitkräfte zu schaffen.

Die Festlegung eines neuen Kurses

Da die Mittel immer begrenzt sind, muss die Strategie darin bestehen, (bei der Waffenentwicklung) die richtige Wahl zu treffen. Dabei müssen die politisch Verantwortlichen nicht nur die jeweilige Bedrohung, sondern auch ihr Ausmaß, ihre Art und ihre möglichen Auswirkungen in Betracht ziehen. Gegenwärtig geht vom radikalen Islamismus die unmittelbarste Bedrohung aus, aber längerfristig stellen China und Russland mit ihrem viel höheren Potenzial eine viel größere Bedrohung für die Sicherheit der USA dar. China, eine besonders schnell wachsende Macht, hat neben den USA die stärksten konventionellen Streitkräfte, und Russlands hat trotz klarer Zeichen weiteren Niedergangs noch immer das größte Atomwaffenarsenal der Welt. Vom Iran geht weiterhin die Gefahr aus, dass er sich Atomwaffen verschafft, und damit auch bei anderen Staaten im Mittleren Osten den Wunsch danach weckt. Ziel der USA sollte es sein, auch längerfristig alle für ihre

Sicherheit bestehenden Risiken zu minimieren; deshalb müssen sie sich primär auf die von China und Russland ausgehende Bedrohung und sekundär auf die Eindämmung der iranischen Expansionspolitik und – mit Unterstützung gleichgesinnter Partner – auf die Bekämpfung radikaler islamistischer Gruppen konzentrieren.

Um all diesen Herausforderungen mit beschränkten Mitteln begegnen zu können, wird das US-Militär in der Lage sein müssen, gleichzeitig "anderthalb Kriege" führen zu können – einen großen Krieg gegen China bei gleichzeitiger Absicherung Europas oder des Mittleren Ostens durch die Entsendung geeigneter Expeditionstreitkräfte. Im westlichen Pazifik muss im Rahmen einer Strategie der "Vorwärtsverteidigung" eine erste Verteidigungslinie auf der Inselkette errichtet werden, die von Japan über Taiwan bis zu den Philippinen verläuft, also drei Staaten einschließt, mit denen die USA durch Sicherheitspakte verbunden sind. Die USA sollten keinesfalls versuchen, China aus der Distanz zu blockieren und sich wieder darauf verlassen, verlorenes Territorium zurückerobert zu können, wie sie das im Zweiten Weltkrieg tun mussten. Das würde bedeuten, die Verbündeten und Partner anzugreifen und einer möglichen Besetzung auszuliefern und von diesen auch vorausgesehen. Durch die Stationierung ausreichender Kontingente von Bodentruppen in Japan und auf den Philippinen können die USA hingegen gemeinsam mit diesen Verbündeten Chinas militärisches Expansionsstreben eindämmen und den Frieden im Westpazifik erhalten. In Japan, auf den Philippinen und vielleicht sogar bald auch in Vietnam ist die Tür für die dauerhafte Stationierung weiterer US-Truppen jetzt noch offen, das muss aber nicht so bleiben. Die erste Linie einer wirkungsvollen Vorwärtsverteidigung wird nicht schnell zu errichten sein. Deshalb sollte die nächste US-Regierung möglichst schnell damit beginnen.

Das schon jetzt von Russland ausgehende Problem ist der mögliche Einsatz außerhalb seiner Grenzen lebenden Russen als Hilfstruppe. In Anbetracht dieser Bedrohung sollte Washington mehr Boden- und Luftstreitkräfte in den Frontstaaten in Osteuropa stationieren. Sie hätten die Aufgabe, diese Staaten vor Übergriffen Russlands zu schützen und im Notfall alle Versuche des Kremls zu unterbinden, mit Hilfe der noch in diesen Staaten lebenden Russen Konflikte auszulösen. Die USA sollten ihre wichtigsten-NATO-Verbündeten dazu ermuntern, sich ebenfalls an der vorgeschobenen Truppenstationierung zu beteiligen. Um Russland von abenteuerlichen Unternehmungen abzuschrecken, sollten auch Waffen, Munition und anderer Nachschub in den osteuropäischen NATO-Staaten eingelagert werden, dass zur Verstärkung herbeigeführte NATO-Truppen schnell damit ausgerüstet werden können.

Im Mittleren Osten zeigten die USA erst zu viel und jetzt zu wenig Engagement; außerdem verfolgen sie mit der beabsichtigten Ausschaltung des (sunnitischen) ISIS und der (schitischen) iranischen Milizen unrealistische Ziele. Washington wird diese extremistischen islamistischen Gruppierungen, die den Islam diskreditieren, nicht besiegen können; das schafft nur die Bevölkerung der betroffenen islamischen Länder. Deshalb sollten die USA die Staaten und Gruppierungen unterstützen, die diese Extremisten bereits bekämpfen, und die US-Unterstützung sollte wirkungsvoller als bisher sein. In Anbetracht der größeren Herausforderungen, die von China und Russland ausgehen, sollte (bei Maßnahmen im Mittleren Osten) mehr Wert auf Qualität als auf Quantität gelegt werden. Dort sollte die US-Regierung nur noch auf Spezialkräfte und Militärberater setzen und Regierungen und Gruppierungen allenfalls mit Luft- und Cyberangriffen unterstützen. Wie für Osteuropa sollten auch für den Mittleren Osten Expeditionstreitkräfte bereitstehen, die im Falle eines vom Iran ausgehenden Angriffs als schnelle Verstärkung abrufbar sind.

Obwohl die USA nicht mehr so dominant gegenüber den revisionistischen Mächten (Russland und China) sind, wie sie das am Ende des Kalten Krieges waren, befinden sie sich immer noch in einer beneidenswerten Position.

Das radikale Regime Nordkoreas stellt trotz seiner schwachen Wirtschaft wegen seines wachsenden Atomwaffenarsenals eine einzigartige Herausforderung dar. Jahrelang haben die USA diesem Staat Wirtschaftshilfe angeboten, um ihn davon abzuhalten, eine Atommacht zu werden. Seit Pjöngjang 2006 diese Schwelle überschritten hat, hat Washington vergebens noch mehr Angebote gemacht, damit das Regime die Anzahl seiner Atomwaffen nicht erhöht – was es aber immer noch tut. Glücklicherweise gibt es jetzt Anzeichen dafür, dass die Obama-Regierung diese erfolglose Strategie aufgibt und stattdessen schärfere Wirtschaftssanktionen verhängen und Japan und Südkorea dazu bringen will, ihre Raketenabwehr zu verstärken. Die nächste US-Regierung sollte diesen Politikwechsel nicht wegen irgendwelcher Versprechungen der nordkoreanischen Regierung aufgeben. Sie sollte die Sanktionen noch weiter verschärfen und sie erst lockern, wenn Pjöngjang nachprüfbar und unumkehrbar die Anzahl seiner Atomwaffen zu verringern beginnt – im Rahmen eines Planes, sie ganz abzuschaffen.

Die Überlegenheit erringen

In jeder Verteidigungsstrategie geht es vor allem darum, durch die Erzielung eines Vorsprungs auf bestimmten Gebieten (wie der Waffenentwicklung) Schwächen auf anderen Gebieten auszugleichen. So läuft zum Beispiel das Beinahe-Monopol, das die USA bei den Präzisionswaffen hatten, aus, denn ihre Rivalen haben neue Fähigkeiten entwickelt, um den USA wichtige Regionen streitig zu machen und ihnen den freien Zugang zu den Weltmeeren und zum Luftraum zu verwehren. Mehr als 70 Jahre lang haben die USA ihre Vormachtstellung durch die Stationierung von Land- und Luftstreitkräften auf vorgeschobenen Basen und die Präsenz ihrer Flotte vor den Küsten ihrer Feinde gesichert. Heute sind China und andere Rivalen aber in der Lage, mit zielgenauen Raketen und Flugzeugen, die mit ferngesteuerten Präzisionswaffen ausgerüstet sind, Einheiten der US-Streitkräfte auch aus größeren Entfernungen anzugreifen.

Die USA verlieren auch zunehmend ihre Monopolstellung bei wichtigen Militärtechnologien: bei der künstlichen Intelligenz, bei der Erfassung und Verarbeitung großer Datenmengen, bei den Laserwaffen, bei der Gentechnologie und bei der Robotertechnik. Weil die Forschung und Entwicklung in diesen Bereichen hauptsächlich von zivilen Firmen mit kommerziellen Interessen betrieben wird, die ihre Produkte an alle verkaufen, die das Geld dafür haben, können sie auch von Rivalen der USA erworben werden.

Um Konkurrenten in Schlüsselbereichen weiterhin überlegen zu bleiben, wird das US-Militär neue operative Konzepte – also neue Methoden bei der Organisation, der Ausrüstung und dem Einsatz seiner Truppen – entwickeln müssen, um Feinde wirksamer abschrecken oder bekämpfen zu können, falls die Abschreckung versagt. Es muss vor allem sicherstellen, dass die USA freien Zugang zu den Regionen behalten, die für sie überlebenswichtig sind. Deshalb sollte das US-Militär mit unterschiedlich zusammengesetzten Einheiten und wechselnder Ausrüstung experimentieren, weil wir aus der Geschichte wissen, dass alle großen militärischen Neuerungen das Ergebnis von Experimenten waren. In der Periode zwischen beiden Weltkriegen nutzte z. B. die deutsche Wehrmacht Fortschritte bei kommerziell genutzten Technologien wie der Motorisierung, der Luftfahrt und der Nachrichtenübermittlung zur Vorbereitung ihrer Blitzkriege. Die US Navy experimentierte mit ihrer Flotte und baute sie so um, dass sich ihre Verbände nicht mehr um Schlachtschiffe, sondern um Flugzeugträger gruppierten. Innovatives Denken und Experimentieren reichen aber nicht aus, es muss auch sichergestellt werden, dass neue Waffensysteme ausgereift sind, bevor ihre groß angelegte Produktion beginnt; nur so kann verhindert werden, dass bereits angelaufene Produktionsprogramme wieder eingestellt werden müssen.

Die Geschichte zeigt auch, dass Fehlschläge bei der Entwicklung neuer Waffen hingenommen werden müssen, wenn große Durchbrüche erzielt werden sollen. Auch aus fehl-

geschlagenen Experimenten können Lehren gezogen werden. Die deutsche Wehrmacht hat auf ihrem Weg zu den Blitzkriegen viele Rückschläge hinnehmen müssen, ebenso die US Navy bei der Entwicklung ihrer Flugzeugträger. In der Vergangenheit gemachte Erfahrungen lehren, dass bei der Einstellung auf neue Probleme häufig große Veränderungen vorgenommen werden müssen, die meistens auf heftigen Widerstand stoßen. Nur eine starke zivile und militärische Führung kann diesen Widerstand überwinden.

Das US-Militär muss nicht nur die richtigen operativen Konzepte zum Einsatz neuer Technologien entwickeln, die US-Truppen müssen auch schneller als ihre Gegner damit ausgerüstet werden. Würden neue Waffen schneller zur Einsatzreife entwickelt, müssten veraltete nicht mehr so lange einsatzbereit gehalten werden. Die USA brauchen viel länger als ihre Gegner, um neue Waffen vom Zeichenbrett in die Hände ihrer Männer und Frauen in Uniform zu bringen – häufig länger als ein Jahrzehnt. Das ist so, weil das Pentagon die Leistungsanforderungen an die neuen Systeme häufig noch während des Entwicklungsprozesses ständig erhöht. Das kostet viel Zeit und Geld und zwingt die Truppe dazu, sich viel zu lange mit veralteter Ausrüstung zu begnügen. Um Kleingeld zu sparen werden im Endeffekt Milliarden Dollars verschwendet. Es wird höchste Zeit, dieses System zu reformieren, realistische Leistungsanforderungen zu stellen und die Auslieferung neuer ausgereifter Waffen an die Truppe zu beschleunigen.

Die Sicherung des freien Zugangs zu den Weltmeeren und zum internationalen Luftraum (die im US-Militärjargon als "Global Commons" bezeichnet werden) gehört weiterhin zu den wichtigsten Zielen der USA. Ihre Militärstrategie muss das in Betracht ziehen. Vor wenig mehr als einem Jahrhundert gehörten zu den "Global Commons" nur die Weltmeere. Seither kamen durch den technologischen Fortschritt noch der internationale Luftraum und der Weltraum, sowie der Cyberspace und der Meeresboden mit seinen Energieressourcen und den darauf verlegten Tiefseekabeln für die globale elektronische Kommunikation dazu. Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde der ungehinderte Zugang der USA zu allen "Global Commons" als gesichert angesehen. Das US-Militär kontrollierte die Meere und den Luftraum, und hielt auch den Zugang zu den neuen Bereichen für ungefährdet.

Das US-Militär muss dazu fähig sein, gleichzeitig "anderthalb Kriege" zu führen.

Dazu sind unsere Streitkräfte derzeit nicht in der Lage, weil die revisionistischen Staaten stärker geworden sind und den Zugang der USA zu den "Global Commons" bedrohen. Sowohl China als auch Russland haben ihre Waffensysteme zur Bekämpfung von Satelliten verbessert. Weil ihre Laserwaffen jetzt stark genug sind und eine größere Reichweite haben, können sie sogar US-Satelliten blenden oder zerstören. Der Cyberspace wird für Wirtschaftskriege, Spionage, organisierte Verbrechen und zur Vorbereitung terroristischer Anschläge genutzt. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch die Unterseekabel von Staaten oder feindlichen Gruppierungen mit Unterwasserdrohnen angegriffen werden. Wie bei Cyberangriffen wird es auch bei Angriffen auf Satelliten oder Unterseekabel schwierig sein, den oder die Angreifer zu identifizieren, wodurch Abschreckung nahezu unmöglich wird. Deshalb wird sich das US-Militär vor allem einer Strategie der Verteidigung zuwenden müssen, um seine Einrichtungen schützen und angerichtete Schäden schnell beheben zu können.

Ein neues Atomzeitalter

Die Atomstreitkräfte der USA waren das Fundament, auf dem ihre Sicherheit geruht hat. Die globale Sicherheitslage hat sich aber dramatisch verändert. Die Welt ist in ein neues Atomzeitalter eingetreten, weil aus dem bipolaren Wettbewerb zwischen den USA und der Sowjetunion ein multipolarer, auf mehrere Weltregionen verteilter Wettbewerb geworden ist. Dieser Wettbewerb wird jetzt auch mehrdimensional ausgetragen. Die Atomwaffen ha-

ben ihre überragende Bedeutung behalten, aber neue Präzisions- und Cyberwaffen und große Fortschritte bei der Raketenabwehr spielen bei strategischen Planungen eine immer größere Rolle. Der einmal als "atomares Gleichgewicht" bezeichnete Zustand sollte jetzt besser als "strategisches Gleichgewicht" definiert werden.

China und Russland sind z. B. besorgt über die vom US-Militär angestrebte Fähigkeit, jedes irgendwo auf der Welt anpeilte Ziel innerhalb einer Stunde mit einem Atomschlag vernichten zu können und lehnen den US-Raketenabwehrschild ab. Die Russen haben dagegen protestiert, dass die USA auch in Osteuropa Teile ihres Raketenabwehrschildes installieren, der vor Raketenangriffen aus dem Mittleren Osten schützen soll, und die Chinesen haben ähnlichen US-Plänen für Südkorea widersprochen, wo mit Raketenangriffen aus Nordkorea gerechnet werden muss. Die Befürchtung, dass mit Cyberangriffen Frühwarnrichtungen und Kommando- und Kontrollzentren lahmgelegt werden könnten, kommt noch dazu.

Trotz dieser schwerwiegenden Veränderungen hat die Obama-Regierung an den Paradigmen des Kalten Krieges festgehalten, weiter auf Abrüstung der Atomwaffenarsenale der USA und Russlands gesetzt und von einer Welt ohne Atomwaffen geträumt. Die Haupt rivalen der USA sind hingegen bereits im neuen Atomzeitalter angekommen. Die Russen haben ihre neue Doktrin "Eskalation zur Deeskalation" entwickelt, die einen schnellen Einsatz von Atomwaffen vorsieht, mit dem die Unterlegenheit der konventionellen russischen Streitkräfte kompensiert werden soll. Russland hat auch Mittelstrecken-Atomraketen getestet, die vermutlich den 1987 geschlossenen Vertrag über Atomwaffen mittlerer Reichweite (weitere Infos dazu s. unter <https://de.wikipedia.org/wiki/INF-Vertrag> und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP12515_080715.pdf) verletzen. China teilt die Besorgnis Russlands über die Präzisionsraketen der USA und den US-Raketenabwehrschild; es verweigert aber jedwede Auskunft über sein eigenes Atomwaffenarsenal und seine Absichten und hat gerade seine Atomwaffen modernisiert und neue Präzisionsraketen und Cyberwaffen entwickelt.

Es wird Zeit, Denkgewohnheiten aus der Ära des Kalten Krieges abzulegen und nicht beim Waffenzählen stehenzubleiben, sondern nach den Erfordernissen des neuen Atomzeitalters zu handeln. Ein erster wichtiger Schritt zur Anpassung des US-Atomwaffenarsenals (an die veränderten Verhältnisse) ist die Erstellung detaillierter Einsatzpläne für verschiedene mögliche Krisenszenarien: für einen Konflikt der USA mit Russland und China, für den Fall, dass kleinere Mächte wie Nordkorea Atomwaffen einsetzen, und für einen Konflikt zwischen zwei Atommächten wie Indien und Pakistan. Dafür und damit ihre Sicherheit garantiert ist, brauchen die USA eine ausreichende Anzahl einsatzbereiter Atomwaffen. Die Wartung der US-Atomsprengköpfe, der zu ihrem Transport erforderlichen Waffensysteme und der Kommando- und Kontrolleinrichtungen wurde so sehr vernachlässigt, dass bald der Punkt erreicht ist, in dem das alles plötzlich unbrauchbar wird. Die USA könnten es sich durchaus leisten, ihr gesamtes atomares Abschreckungspotenzial zu modernisieren, weil sie dafür nur rund fünf Prozent ihres Verteidigungsbudgets aufbringen müssten. Die neue US-Regierung muss aber sofort damit beginnen, um sicherzustellen, dass ihre atomare Abschreckung künftigen Erfordernissen genügt und nicht völlig veraltet.

Die Atomstreitkräfte der USA müssen das Fundament bleiben, auf dem auch künftig ihre Sicherheit ruhen wird. (Weitere Infos dazu s. unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP12016_050916.pdf .)

Vorsicht bei Lücken

Auch die beste Strategie wird versagen, wenn sie nicht ausreichend finanziert ist, und die skizzierte neue Strategie wird bedeutend höhere Finanzmittel erfordern, als das Pentagon

derzeit zur Verfügung hat. Glücklicherweise setzen sich beide Parteien für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf das Niveau ein, das der ehemalige Verteidigungsminister Gates im Haushaltsjahr 2012 vorgeschlagen hat. Wenn das geschähe, befänden wir uns auf dem richtigen Weg, um die zwischen dem Sicherheitsbedürfnis der USA und den dafür verfügbaren Mitteln bestehende Lücke bei einem annehmbaren Restrisiko zu schließen.

Wegen der schnellen Zunahme anderer Ansprüche und des ständig wachsenden Defizits im US-Staatshaushalt wird es vermutlich auch bei den Verteidigungsausgaben zu Einschränkungen kommen. Durch die Politik der Obama-Administration blieb das Wirtschaftswachstum sehr gering. Künftige Generationen werden aber die immer schneller wachsenden Staatsschulden abtragen müssen, obwohl die Wirtschaftskraft der USA weiter sinkt. Für den nächsten Präsidenten muss daher die Wiederbelebung der US-Wirtschaft höchste Priorität haben. Er muss das Wirtschaftswachstum fördern, harte Einschnitte bei den Sozialausgaben vornehmen und das überholte Steuersystem reformieren. Schnelle Erfolge sind dabei nicht zu erwarten; auch wenn Fortschritte erzielt werden, wird das die schlechte Wirtschaftslage der USA nicht über Nacht ändern.

Es gibt auch andere Möglichkeiten, die Lücke zwischen unvermeidlichen Ausgaben und verfügbaren Mitteln zu schließen, dafür sind aber Voraussicht und politischer Mut notwendig. Ein Weg führt über die stärkere Einbeziehung der Wirtschaftskraft der USA. Mit Sanktionen könnte wirkungsvollerer Druck auf den Iran und Nordkorea ausgeübt werden, aber die letzten drei US-Regierungen haben diese Sanktionen für wertlose Versprechungen aufgegeben. Die Wirtschaftskraft der USA ist eine wenig genutzte Machtquelle, mit der man bei richtigem Einsatz Rivalen beträchtliche Kosten aufbürden und sie sogar zwingen könnte, ihre Militärausgaben zu kürzen.

Washington sollte auch das militärische Potenzial der US-Verbündeten stärker einbeziehen. Zu oft hat die Obama-Regierung, bei dem Versuch, sich mit US-Gegnern zu einigen, Verbündete eher als Hindernisse betrachtet, obwohl es keinerlei Anzeichen dafür gab, dass die US-Gegner ihre feindlichen Absichten aufgeben würden. Die Einbeziehung verbündeter Regierungen bei der Umsetzung regionaler Strategien würde helfen, das Vertrauen in die USA als zuverlässigen Partner wieder herzustellen. Bessere Beziehungen würden sich besonders im westlichen Pazifik als wertvoll erweisen, weil sich dort potenzielle zukünftige Partner entscheiden müssen, ob sie lieber mit dem immer selbstbewusster auftretenden China oder mit den USA paktieren wollen.

Ebenso wichtig ist es, dass Washington die Verbündeten in seine Absichten einweiht, damit sie wissen, welche militärischen Fähigkeiten sie bei der Durchsetzung gemeinsamer Ziele einbringen können. Eine klare Strategie sollte auch helfen, die Lücke zwischen diesen Zielen und den dazu verfügbaren Mitteln zu schließen. Außerdem brauchen die Militärs klare Weisungen bezüglich der nationalen Prioritäten, damit die Unsicherheit bei militärischen Planungen aufhört. Weil die Planer des US-Militärs zu lange keine klaren Anweisungen erhielten, wurden die verfügbaren Mittel oft nicht sinnvoll verwendet. "Wenn man nicht weiß, wohin man gehen soll, führt jeder Weg zum Ziel," lautet ein Sprichwort.

Mit einer klaren Strategie lassen sich Kräfte bündeln und nicht nur Ressourcen schonen, sondern auch Sicherheitsrisiken mindern. Die Bevölkerung Südkoreas ist doppelt so groß, wie die Nordkoreas und sein Bruttoinlandsprodukt beträgt sogar das Zehnfache. Deshalb sollte es für Seoul möglich sein, einen größeren Teil der in Südkorea stationierten US-Bodentruppen durch eigene Soldaten zu ersetzen, damit die US-Soldaten für andere Aufgaben zur Verfügung stehen. Auch durch die Entwicklung neuer operativer Konzepte – z. B. für eine wirksame Vorwärtsverteidigung der ersten Inselkette (im Westpazifik) – könnte das US-Militär dazu gebracht werden, die ihm zur Verfügung stehenden Truppen sinnvol-

ler einzusetzen, möglicherweise sogar zu reduzieren und trotzdem kein Risiko einzugehen. Das Ergebnis wäre eine sinnvollere Nutzung der Ressourcen und effektivere Streitkräfte.

Wenn neue Waffen künftig schneller einsatzbereit wären, würde das auch die Beschaffungskosten senken. Deshalb müssen die ständig erweiterten Anforderungen an neue Technologien aufhören, weil die nur zu teuren Produktionsverzögerungen führen. Wenn die Politiker schon vor Beginn des Entwicklungsprozesses realistische Leistungsanforderungen definieren würden, könnten neue Waffen effizienter entwickelt und produziert und schneller an das Militär ausgeliefert werden. Das würde auch die Rüstungskosten für die Rivalen erhöhen, weil die sich in kürzeren Abständen auf neue militärische Fähigkeiten der US-Streitkräfte einstellen und selbst nachziehen müssten: Wenn sie das nicht täten, würde die von ihnen ausgehende Bedrohung geringer, oder sie müssten ständig viel Geld für die Neuentwicklung gleichwertiger eigener Waffen ausgeben, würden also in eine teure Spirale ständiger Aufrüstung hineingezogen. Das Pentagon kann mit dem Rapid Capabilities Office der Air Force (s. <http://breakingdefense.com/tag/rapid-capabilities-office/>) bereits bescheidene Erfolge auf diesem Gebiet vorweisen, weil das ohne lange Beschaffungsverfahren Waffensysteme schneller neu beschaffen oder umrüsten lassen kann. Die Navy hat in diesem Jahr mit der Schaffung des Maritime Accelerated Capabilities Office (s. dazu auch <http://www.defensedaily.com/navy-establishing-maritime-accelerated-capabilities-office-as-acquisition-fast-track/>) nachgezogen. Eine langfristige Lösung ist jedoch nur durch eine Reform des gesamten Beschaffungssystems möglich.

Vor schwierigen Entscheidungen

Infolge der falschen Strategie der Obama-Regierung ist der Einfluss der USA in den letzten acht Jahren ständig zurückgegangen; deshalb ist auch die Durchsetzung ihrer Interessen zunehmend schwieriger geworden. Im letzten Jahr hat Henry Kissinger dazu festgestellt: "Die USA haben sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs noch niemals mit so vielen unterschiedlichen und komplexen Krisen konfrontiert gesehen."

In Anbetracht dessen, dass die gegenwärtigen Herausforderungen nicht nur ein größeres Ausmaß als die in den letzten Jahren haben, sondern auch ganz unterschiedlich sind, ist eine Erhöhung der für die Staatssicherheit aufzubringenden Mittel unerlässlich, aber nicht ausreichend. Nur mehr Geld genügt nicht. Die USA müssen sich neue militärische Vorteile verschaffen, um ihren Rivalen auch weiterhin überlegen zu sein.

Das wird nicht leicht sein. Während des Kalten Krieges haben die USA im Durchschnitt mehr als sechs Prozent ihres BIP für ihre Verteidigung ausgegeben, um den Schutzschild zu schaffen, hinter dem ihr Wohlstand eine beispiellose Höhe erreichte. Trotz beträchtlicher Kürzungen bei den Militärausgaben ist die finanzielle Situation der USA heute so schlecht, wie sie seit der Großen Rezession nicht mehr war, weil Staatsschulden in beispielloser Höhe angehäuft wurden. Trotzdem muss mehr Geld für Verteidigung zur Verfügung gestellt werden, denn die hohe Verschuldung ist nicht durch zu hohe Militärausgaben entstanden, sondern durch die ständig wachsenden Kosten für die Sozialprogramme der US-Regierung. Nur deshalb nähern sich die USA dem Punkt, an dem den künftigen Generationen eine weiter wachsende Staatsverschuldung nicht mehr aufgebürdet werden kann.

Nur wenn die aus einer falschen Innenpolitik erwachsenden Kosten gekürzt werden, kann sich die US-Wirtschaft wieder erholen, und dann bleibt auch genug Geld für die Erhaltung unserer nationalen Sicherheit übrig. Präsident Dwight Eisenhower hat einst gewarnt: "Unser Staat muss solvent bleiben, wenn wir unsere Sicherheit erhalten wollen. Sonst verlieren wir im eigenen Land die Schlacht, die wir gegen unsere äußeren Feinde gewinnen wollen."

(Wir haben den wichtigen Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Damit wird die nächste US-Regierung darauf festgelegt, die bisherige aggressive Außenpolitik noch zu verschärfen und den US-Anspruch auf globale Vorherrschaft – falls das als notwendig erachtet wird – mit einem Atomkrieg gegen Russland und/oder China oder mit kleineren Kriegen gegen andere "Störfaktoren" durchzusetzen. Die keineswegs "neue" US-Kriegsstrategie ist natürlich der von der US-Rüstungsindustrie gesponserten Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton auf den Leib geschrieben. Auch und besonders wenn sie die Wahl gewinnt, wird das Risiko, dass wir Deutschen schon bald in einem atomaren Inferno verglühen, noch größer werden. Wir möchten noch auf einen weiteren Artikel zum gleichen Sachverhalt hinweisen, der aufzurufen ist unter <http://www.stripes.com/news/us/hasc-chairman-proposes-defense-strategy-for-next-president-1.424883> . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



Preserving Primacy

A Defense Strategy for the New Administration

By Mac Thornberry and Andrew F. Krepinevich Jr.

September/October 2016 Issue

The next U.S. president will inherit a security environment in which the United States confronts mounting threats with increasingly constrained resources, diminished stature, and growing uncertainty both at home and abroad over its willingness to protect its friends and its interests. Revisionist powers in Europe, the western Pacific, and the Persian Gulf—three regions long considered by both Democratic and Republican administrations to be vital to U.S. national security—are seeking to overturn the rules-based international order. In Europe, Russian President Vladimir Putin has seized Crimea, waged proxy warfare in eastern Ukraine, and threatened NATO allies on Russia's periphery. Further demonstrating its newfound assertiveness, Russia has dispatched forces to Syria and strengthened its nuclear arsenal. After a failed attempt to "reset" relations with Moscow, U.S. President Barack Obama has issued stern warnings and imposed economic sanctions, but these have done little to deter Putin.

Nor has the administration's "pivot" to Asia, now five years on, been matched by effective action. China continues to ramp up its military spending, investing heavily in weapons systems designed to threaten U.S. forces in the western Pacific. As a result, it is proving increasingly willing and able to advance its expansive territorial claims in the East China and South China Seas. Not content to resolve its disputes through diplomacy, Beijing has militarized them, building bases on natural and artificially created islands. The United States has failed to respond vigorously to these provocations, causing allies to question its willingness to meet its long-standing security commitments.

The lack of U.S. leadership is also fueling instability in the Middle East. In Iraq, the Obama administration forfeited hard-won gains by withdrawing all U.S. forces, creating a security vacuum that enabled the rise of both Iranian influence and the Islamic State, or ISIS. Adding to its strategic missteps, the administration fundamentally misread the character of the Arab Spring, failing to appreciate that the uprisings would provide opportunities for radical Islamist elements rather than lead to a new democratic order. The administration also failed to learn from the previous administration's experience in Iraq when it chose to "lead

from behind” in Libya, intervening to overthrow Muammar al-Qaddafi, only to declare victory and abandon the country to internal disorder. It then drew a “redline” over President Bashar al-Assad’s use of chemical weapons in Syria but failed to act to enforce it. The result is growing instability in the Middle East and a decline in U.S. influence.

The threat of Islamist terrorism has grown on the Obama administration’s watch. Al Qaeda and ISIS, both Sunni groups, have gained new footholds in Iraq, Libya, Syria, Yemen, and even West Africa. Obama’s negotiations with Iran, the home of radical Shiite Islamism, have not curbed the country’s involvement in proxy wars in Iraq, Syria, and Yemen or its support for Hezbollah in Lebanon and Hamas in the Palestinian territories. What the talks did produce—the nuclear deal—may slow Tehran’s march to obtaining a nuclear weapon, but it also gives the regime access to tens of billions of dollars in formerly frozen assets. The ink on the agreement was barely dry when, in March, Tehran tested ballistic missiles capable of delivering a nuclear warhead, in blatant defiance of a UN Security Council resolution. Adding to all this instability, military competition has expanded into the relatively new domains of outer space and cyberspace—and will eventually extend to undersea economic infrastructure, as well.

With the current approach failing, the next president will need to formulate a new defense strategy. It should include three basic elements: a clear statement of what the United States seeks to achieve, an understanding of the resources available for those goals, and guidance as to how those resources will be used. The strategy laid out here, if properly implemented, will allow the United States to preclude the rise of a hegemonic power along the Eurasian periphery and preserve access to the global commons—without bankrupting the country in the process.

ENDS AND MEANS

The chief goal of U.S. foreign policy has long been to prevent a hostile state from establishing dominance over a key region—Europe, the western Pacific, or the Persian Gulf—where it could accumulate sufficient power to threaten core U.S. interests. Thus, in the first half of the twentieth century, the United States waged war twice in Europe to defeat Germany and once in the Pacific to defeat Japan. During the Cold War, it worked with allies to prevent the Soviet Union from dominating Western Europe or expanding its influence into the Middle East and East Asia. This goal remains valid today.

In order to preserve access to its allies and trading partners, the United States also needs access to the global commons. For over 70 years, the U.S. military has borne the responsibility for guaranteeing access to the seas and the air, not only for the United States but for other countries, too. It has accomplished this task so well that many take it for granted. Yet preserving access to the global commons is neither cheap nor easy. Should the United States decline to play this role, there is no other like-minded power that could take its place.

These two tasks have been made all the more challenging by the revisionist powers’ growing “anti-access/area-denial” (A2/AD) capabilities, such as long-range precision-strike weaponry, antisatellite systems, and various cyberweapons. All are designed to attack the U.S. military’s muscle (its forward air bases and aircraft carriers) and its nervous system (its surveillance, reconnaissance, targeting, and communications systems).

What resources are available for accomplishing these two goals? Although the United States is no longer as dominant as it was at the end of the Cold War, relative to the revisionist powers, the country enjoys an enviable position. It possesses extensive natural resources, an efficient free-enterprise system, and the healthiest demographic profile of

any major power. The United States has a proven ability to assimilate immigrants, and its educational system, although badly in need of reform, still ranks among the world's finest. Thanks to its insular geographic position and peaceful neighbors, it can mount a defense of the homeland far from its shores. Its long list of allies includes most of the world's biggest economies. And it boasts the world's best military, in terms of quality of people and equipment, as well as in terms of experience conducting a wide range of operations.

The chief goal of U.S. foreign policy has long been to prevent a hostile state from establishing dominance over a key region.

Yet even as the challenges to U.S. security grow, Washington continues to cut its military spending. Between 2010 and 2016, the U.S. defense budget fell by over 14 percent in real terms, and by roughly 30 percent as a percentage of GDP, and it will likely fall further over the next decade, as interest payments on U.S. government debt rise. The United States' most capable allies are contributing even less. Of the richest powers within NATO, only the United Kingdom budgets more than the alliance's minimum target of two percent of GDP. In Asia, Japan remains constrained by its self-imposed ceiling of one percent.

This is not to say that the United States should simply peg its defense spending to a particular percentage of GDP. The level should depend on many factors, including the types of threats faced, the amount of risk the American people are willing to accept, the contributions made by allies, and more. Nevertheless, the decline in military budgets—especially in comparison to the investments that the revisionist powers are making—puts the United States and its allies at ever-greater risk. As former Secretary of Defense Robert Gates said in 2014, cutting U.S. defense funding “sends a signal that we are not interested in protecting our global interests.” But Washington needs to do more than simply spend more money on defense. It needs a strategy that allocates these dollars more efficiently and in ways that create a more effective military.

CHARTING A COURSE

Resources are always limited, so strategy is about making choices. In doing so, policymakers must consider not only the immediacy of a threat but also its scale, form, and trajectory. Radical Islamism represents the most immediate threat the United States faces, but China and Russia have far greater potential to threaten U.S. security. China, a rapidly rising power, has built the most capable conventional forces besides those of the United States, and Russia, although showing clear signs of decline, still maintains the world's largest nuclear arsenal. The threat from Iran, meanwhile, mainly entails the risk that its progress toward achieving a nuclear capability will trigger a cascade of proliferation in the Middle East. Since the aim should be to minimize the overall risk to its security over time, the United States should focus principally on preparing for the threats from China and Russia and secondarily on checking Iranian expansionism and supporting like-minded partners in suppressing radical Islamist groups.

To meet these challenges, given that resources are limited, the U.S. military will have to adopt a “one-and-a-half-war posture”—giving it the ability to at once deter or wage a major war with China and send expeditionary forces to either Europe or the Middle East. In the western Pacific, this means pursuing a strategy of “forward defense” of the first island chain, which runs from Japan through Taiwan and along the Philippines, three countries with which the United States has firm security commitments. What it should not do is pursue a strategy centered on a distant blockade of China or one that relies on mobilization to retake lost territory, as the United States did in World War II. This would be tantamount to exposing allies and partners to aggression or coercion and would be seen as such. Ins-

tead, by positioning sufficient forces forward, including ground forces in Japan and the Philippines, the United States could, along with its allies, offset China's military buildup and preserve the peace. In Japan, the Philippines, and perhaps Vietnam, the door is increasingly open to greater U.S. military presence and assistance, but it will not remain open indefinitely. Nor will the United States be able to establish a forward defense posture quickly. So the next administration should begin the process without delay.

The immediate problem posed by Russia is its use of proxy forces beyond its borders. Given the character of this threat, Washington should deploy more ground and air forces to frontline countries in eastern Europe. Their mission would be to help those states deter and, if need be, suppress the Kremlin's attempts to employ local Russian nationals as proxies. The United States should encourage its major NATO allies to make similar contributions. And to further deter Russian adventurism, it should preposition weapons, munitions, and supplies in the region to facilitate the rapid reinforcement of allied forces.

In the Middle East, the United States has oscillated from too much involvement to too little, while announcing unrealistic objectives, such as destroying ISIS and defeating Iranian proxies. Washington cannot expunge these corrupt forms of Islam; only the local populations can do that. It can and should, however, support those states and groups that seek to do so, and with far more vigor than it has to date. Given the greater challenges posed by China and Russia, the emphasis should be on quality over quantity. This means relying more on Special Forces and military advisers to assist local governments and groups, supported by airpower and cyber-operations. As in eastern Europe, it also means adopting an expeditionary military posture that emphasizes the ability to send in reinforcements rapidly in the event of overt aggression, in this case by Iran.

Although the United States is no longer as dominant as it was at the end of the Cold War, relative to the revisionist powers, the country enjoys an enviable position.

North Korea, with its radical regime, weakening economy, and growing nuclear arsenal, poses a unique challenge. For years, the United States agreed to give economic aid to the country to prevent it from becoming a nuclear power. After Pyongyang crossed that threshold in 2006, Washington pursued still more agreements in a vain effort to limit the regime's nuclear arsenal, which continues to expand. Fortunately, there are indications that the Obama administration is beginning to supplant this failed strategy with one emphasizing tougher economic sanctions, and both Japan and South Korea are improving their missile defenses. The next administration should not abandon these efforts in exchange for promises from the North Korean government. It should tighten the sanctions and remove them only after Pyongyang takes verifiable and irreversible actions to reduce its nuclear capability as part of a plan to eliminate the arsenal entirely.

GAINING THE UPPER HAND

A core element of any defense strategy involves gaining military advantages in certain areas to offset losses in other areas. For example, the near monopoly that the United States has enjoyed in precision warfare is coming to an end as its rivals acquire new A2/AD capabilities. For over 70 years, the U.S. approach to projecting power has centered on building up ground and air forces at forward bases and positioning its fleet close to the enemy's shores. But with ever-greater numbers of missiles and aircraft armed with precision-guided munitions, China and other rivals are increasingly able to target U.S. forces at greater distances.

The United States is also losing its edge in a number of key military technologies. Artificial intelligence, big data, directed energy, genetic engineering, and robotics all have military

applications, yet their development is being driven primarily by the commercial sector. So they are available to anyone with the means to obtain them, including U.S. rivals.

To sustain its advantage in key areas of competition, the U.S. military will have to develop new operational concepts—the methods by which it organizes, equips, and employs forces for deterring an enemy or prevailing against one should deterrence fail. Above all, this means ensuring that the military is focused on the right set of challenges, such as the A2/AD threats in those regions where the United States has vital interests. The effort should entail experimenting with different types of forces and equipment, since history shows that experimentation lies at the heart of every great military innovation. In the period between the world wars, for example, the German army experimented with exploiting rapid advances in commercial technologies—mechanization, aviation, and radio—thus laying the foundation for the blitzkrieg form of warfare; the U.S. Navy experimented with similar technologies to make the leap from a fleet centered on battleships to one organized around the aircraft carrier. In addition to encouraging innovative thinking, experimentation helps ensure that new weapons systems are sufficiently mature before large-scale production begins, reducing the odds that a program will have to be canceled.

History also shows that a military will have to accept regular failures in order to make major breakthroughs. If every experiment is a success, then no one is learning much. The German army suffered many failures along its path to the blitzkrieg, as did the U.S. Navy as it created the aircraft carrier force. Above all, past experience shows that because preparing for new problems frequently requires making major changes, there is often firm resistance to such efforts. Strong civilian and military leadership is needed to overcome it.

Not only must the U.S. military identify the right operational concepts to exploit emerging technologies; it must also field the forces needed to execute them more quickly than rivals. The faster it generates new capabilities, the less it needs to spend on standing forces. Currently, however, the United States takes far longer than its adversaries to get new equipment from the drawing board into the hands of its men and women in uniform—more than a decade, in many cases. In large part, that's because the Pentagon often seeks to push new systems' performance characteristics to an extreme. Projects incur cost overruns when their overseers attempt to incorporate new technologies before they are mature, wasting both time and money while troops make do with old equipment. Compounding the problem, Uncle Sam too often spends, relatively speaking, thousands of dollars ensuring that it doesn't get cheated out of nickels and dimes. It's past time to reform that system by setting more realistic requirements and speeding new equipment into the field.

Preserving access to the global commons remains among the United States' most important goals. Its military strategy must take this into account. A little more than a century ago, "the global commons" generally referred to the high seas. Over the ensuing decades, technological advances expanded the definition to include the air and space and, eventually, cyberspace and undersea energy and telecommunications infrastructure. Once the Cold War ended, the United States' access to the commons was taken as a given. The U.S. military controlled the seas and the air, and it viewed the other, more novel domains as benign.

The U.S. military will have to adopt a "one-and-a-half-war posture."

This is no longer the case. Revisionist states are increasingly challenging U.S. access to the commons. Both China and Russia are perfecting antisatellite weapons. As lasers grow more powerful, more states will be able to blind or even destroy satellites. Cyberspace has emerged as a place for economic warfare, espionage, crime, and terrorism. It is only a

matter of time before undersea infrastructure becomes a target. States and nonstate actors can obtain unmanned underwater vehicles that can reach the seabed. As is the case with cyberattacks, it may prove difficult to identify the source of attacks on the United States' assets in space or on the seabed, which means that a strategy based on deterrence is unlikely to work. Instead, the U.S. military will have to shift to a strategy based on defending its assets, limiting damage to them, and repairing or regenerating them rapidly.

A NEW NUCLEAR AGE

The United States' nuclear forces remain the foundation on which its security rests. But the context in which these forces function has changed dramatically. The world has entered a second nuclear age, having shifted from a bipolar U.S.-Soviet competition to increasingly multipolar regional and global competitions. These competitions are also becoming multi-dimensional. Although nuclear weapons retain pride of place, other capabilities—such as precision-guided munitions and cyberweapons, as well as advanced air and missile defenses—have entered the discussion of strategic warfare. What used to be called “the nuclear balance” might now more accurately be described as “the strategic balance.”

China and Russia, for example, have expressed concerns about the United States' nascent “prompt global strike” capability, which would allow the U.S. military to hit a target anywhere in the world within one hour. They have also complained about U.S. air and missile defenses: the Russians have protested U.S. plans to place missile defenses in eastern Europe to deal with attacks launched from the Middle East, and the Chinese have opposed similar plans in South Korea designed to guard against a North Korean attack. Concerns that cyberweapons could be used to disable early warning and command-and-control systems complicate matters even further.

Despite these profound changes, the Obama administration has remained firmly rooted in the Cold War paradigm of arms control, focusing on U.S. and Russian nuclear arsenals while envisioning a world without nuclear weapons. The United States' principal rivals, by contrast, are already operating in the new nuclear age. The Russians have adopted an “escalate to de-escalate” doctrine, which calls for the use of nuclear weapons to offset Russia's inferiority in conventional forces, and have tested weapons that likely violate the 1987 Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty. China shares Russia's concerns about the United States' precision-strike capabilities and missile defenses and has refused to provide anything but the most modest details about its own nuclear capabilities and intentions, even as it modernizes its nuclear forces and expands its arsenal of precision-guided munitions and cyberweapons.

It is time to move beyond Cold War—era thinking and assess the competition not by merely counting weapons but by looking at it through the lens of the second nuclear age. A key initial step toward adapting the U.S. nuclear arsenal involves developing detailed plans to address various plausible crisis scenarios—ones involving the United States, China, and Russia; the possible use of nuclear weapons by minor powers such as North Korea; or a conflict between two nuclear-armed states, such as India and Pakistan. In the meantime, the United States must maintain a robust nuclear posture—the ultimate guarantor of its security. U.S. warheads, delivery methods, and command-and-control systems have been neglected to the point where they will soon become obsolete all at once. The United States can afford to modernize its nuclear deterrent, which would cost only around five percent of the total defense budget. But it needs to begin this effort now to ensure that it has a nuclear deterrent that can address future challenges—not one designed for a bygone age. The United States' nuclear forces remain the foundation on which its security rests.

MIND THE GAP

Even the best strategy will fail if it is not properly resourced, and the strategy outlined here requires significantly greater resources than what the Pentagon is currently projecting will be made available. Fortunately, there is bipartisan support for restoring funding for defense to levels called for by the budget Gates proposed as secretary of defense for fiscal year 2012. Doing so would go a long way toward closing the gap between the United States' security needs and its ability to meet them at a reasonable level of risk.

Yet the rapid growth in entitlements and projected increases in federal deficits will likely impose political constraints on defense spending. The Obama administration's policies have produced an anemic economic recovery while burdening future generations with ever-greater debt, thus accelerating the erosion of the United States' position. The next president must make restoring the country's economic foundation a priority. The long-term solution lies in stimulating economic growth, making tough choices on entitlements, and revising the outdated tax code. Success on this front is far from assured, and even if progress is made, it will not reverse the country's economic fortunes overnight.

There are other ways to reduce the gap between ends and means, but they will take foresight and political courage. One approach involves relying more on the United States' economic power. Sanctions exerted substantial pressure on Iran and North Korea, yet the last three administrations abandoned them in exchange for promises that proved illusory. The United States' economic might is a poorly developed source of power that, properly employed, can impose substantial costs on rivals, even to the point of compelling them to divert resources from their military efforts.

Washington should also draw more on U.S. allies' military potential. Too often, the Obama administration has treated allies as impediments to its efforts to accommodate U.S. adversaries, despite the lack of evidence that they will somehow abandon their hostile aims. Working with like-minded governments to craft well-designed regional strategies would help restore allies' confidence in the United States as a capable and reliable partner. Better relationships would prove especially valuable in the western Pacific, where prospective partners must decide whether to accommodate themselves to an increasingly demanding China or work with the United States.

Just as important, Washington needs to clearly articulate its strategy, so that allies know which military capabilities will be contributing to common objectives. A clear strategy should also help reduce the gap between ends and means by giving the military precise instructions about national priorities, removing much of the uncertainty that plagues defense planning. For too long, U.S. military planners have lacked explicit directions, resulting in the poor allocation of resources. As the saying goes, "If you don't know where you're going, any road will take you there."

A clear strategy can realign forces in ways that not only conserve resources but also reduce the overall risk to security. For example, South Korea has twice the population of the North and over ten times its GDP. Over time, it should be possible for Seoul to assume a greater share of the U.S.–South Korean alliance's ground force requirements, freeing up some U.S. ground forces for other priority missions. Similarly, developing new operational concepts—for example, one that enables an effective forward defense of the first island chain—would further refine the military's understanding of which forces and capabilities would be most useful and which could be cut at little risk. The result would be the more efficient use of resources and a more effective military.

The ability to field new capabilities quickly should also cut costs for the United States, in part by reducing the practice of relying on immature technologies, which leads to cost overruns and production delays. If policymakers set realistic requirements during the acquisition process, the military could field equipment more rapidly and efficiently. What's more, such a move would impose costs on rivals, since the uncertainty created by a fast timeline would force them to prepare for a wider range of possible U.S. military capabilities: they would need to either spread their resources more thinly, reducing the threat they posed, or increase their spending to counter capabilities that Washington may never end up acquiring. The Pentagon is enjoying some modest success in this area in the form of the air force's Rapid Capabilities Office, which allows the air force to bypass the dysfunctional acquisition system in order to procure new equipment and upgrade old equipment more quickly. The navy has followed suit, creating the Maritime Accelerated Capabilities Office this year. The long-term solution, however, is to fundamentally reform the system itself.

TOUGH CHOICES

During the last eight years, as a result of the Obama administration's ineffective strategy, the United States has seen its influence decline and the threats to its interests grow. As Henry Kissinger observed last year, "The United States has not faced a more diverse and complex array of crises since the end of the Second World War."

Given that the current challenges are both greater in scale than and different in form from those the United States encountered only a short time ago, increasing the resources devoted to national security is necessary but not sufficient. More of the same will not do. The United States must develop new military advantages, and do so faster than its rivals.

None of this will be easy. During the Cold War, the United States allocated an average of over six percent of GDP to defense in order to create the shield behind which its prosperity grew to unprecedented heights. Yet despite sizable cuts in military spending, the country's financial standing has eroded substantially since the Great Recession, with the federal government accumulating debt at an unprecedented rate. To be sure, there is room for greater efficiency in how the U.S. government allocates its defense dollars, but its financial woes have little to do with military expenditures; the main culprits are the government's rapidly increasing debt and the expanding costs of entitlement programs. Simply put, the United States is fast approaching the time when its debt can no longer be deferred to future generations.

Thus, it is on the domestic front where the tough choices will have to be made in order to defend the nation's security and economic well-being. As President Dwight Eisenhower once warned, "Our system must remain solvent, as we attempt a solution of this great problem of security. Else we have lost the battle from within that we are trying to win from without."

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern